

# Linke Schelte für U-Abo-Kompromiss

SP-Landrat Hannes Schweizer fällt bei «Ja zum U-Abo»-Initianten in Ungnade

Von Oliver Sterchi

**Liestal.** Als die Regierung im Juli 2015 ankündigte, die Subventionen fürs U-Abo zwecks Sparmassnahmen streichen zu wollen, war die Empörung gross. Die Streichung würde für Abo-Halter eine Preiserhöhung von 25 Franken pro Monats-Abo bedeuten. Um dies zu verhindern, lancierten Vertreter aus dem links-grünen Lager umgehend ein entsprechendes Volksbegehren. Die «Ja zum U-Abo»-Initiative kam in Rekordzeit zustande und wurde im vergangenen Oktober eingereicht.

Das Begehren verlangt, den Kanton gesetzlich zu Subventionszahlungen für das Abo des Tarifverbands Nordwestschweiz (TNW) zu verpflichten. Ende September will die Regierung dem Landrat eine Vorlage unterbreiten, in der sie ihre Vorstellungen von der Zukunft des U-Abos darlegt. Doch bereits jetzt wirbelt die Sache viel Staub auf.

SP-Landrat Hannes Schweizer hatte kürzlich in der Schweiz am Sonntag erklärt, dass er eine moderate Erhöhung der U-Abo-Preise für Erwachsene für vertretbar halte. Die zusätzlichen Mittel, die der Kanton dank höheren Abopreisen generiere, sollen gemäss

dem Präsidenten der Bau- und Planungskommission (BPK) in den Erhalt gefährdeter ÖV-Linien fliessen.

Mit seinem Kompromissvorschlag nähert sich Schweizer der Position von Bau- und Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro (FDP) an. Diese hatte im Frühjahr erklärt, dass sie die Subventionen nicht gänzlich streichen, sondern lediglich mit dem bisherigen Giesskannenprinzip aufräumen möchte. Demnach sollten unterstützungsbedürftige ÖV-Benützer wie Schüler oder Lehrlinge weiterhin von den Kantonsbeiträgen profitieren können.

### «Schweizer biedert sich an»

Zur Kasse gebeten würden gut situierte Erwachsene, die den Preisaufschlag finanziell verkraften können. Die zusätzlichen Mittel wird die Regierung indes kaum in unrentable Bahn- und Buslinien stecken wollen, sondern lieber einsparen.

Für seine Aussagen wird der SP-Landrat von politischen Mitstreitern jedoch harsch kritisiert. Landrat Klaus Kirchmayr, Fraktionspräsident der Grünen und Mitglied des Initiativkomitees «Ja zum U-Abo», findet deutliche Worte: «Hannes Schweizer ist nicht

repräsentativ für die SP. Wenn er von einer Preiserhöhung zwecks Erhalt von ÖV-Linien spricht, vertritt er Partikularinteressen und biedert sich der rechten Abbaupolitik an.» Der Vorschlag sei nicht durchdacht und verdiene das Prädikat «Kompromiss» nicht, stellt Kirchmayr klar. «An der Ausgangslage hat sich überhaupt nichts verändert. Wir halten an unserer Initiative fest», sagt der Grünen-Politiker.

Die Fraktionspräsidentin der Baselieter SP, Miriam Locher, hält auf Anfrage fest, dass Parteikollege Schweizer sich als Privatperson geäussert habe und die Parteibasis weiterhin hinter der Initiative stehe. Kritik buccert auch Liestals Stadtpräsident Lukas Ott (Grüne), der das Initiativkomitee präsidentiert: «Die Aussagen von Herrn Schweizer kommen zu einem höchst ungünstigen Zeitpunkt und sind ein Ärgernis.» Der Vorschlag stehe quer in der Landschaft, weil er die grundsätzliche Frage nach den U-Abo-Subventionen mit der Frage von allfälligen Preiserhöhungen vermische: «Zuerst muss das Stimmvolk über die Weiterführung der Subventionen entscheiden. Wenn überhaupt können wir erst danach über Preisaufschläge für einzelne Abonnenten-Grup-

pen sprechen. Allerdings droht dies die Lenkungswirkung zu gefährden.» Ott fordert die Regierung daher auf, die Initiative möglichst bald zur Abstimmung zu bringen.

### FDP findet Vorschlag sinnvoll

Im bürgerlichen Lager kann man Schweizers Aussagen mehr abgewinnen. «Ich finde es gut, dass ein SP-Vertreter sich in dieser Frage bewegt und würde mir wünschen, dass auch die anderen Sozialdemokraten seinem Beispiel folgen», sagt Rolf Richterich, Fraktionspräsident der FDP. Der Laufentaler plädiert dafür, die U-Abo-Subventionen gänzlich zu streichen: «Das ist ein alter Zopf. Gemessen an der Leistung bieten wir das schweizweit günstigste U-Abo an.» Dieser Flatrate-Tarif sei einfach nicht mehr zeitgemäss.

Trotzdem will der Freisinnige für eine faire Übergangslösung Hand bieten: «Ich bin mir bewusst, dass ein abrupter Preisaufschlag für einige Leute finanziell nicht verkraftbar wäre und zu unerwünschten Verlagerungen führen würde. Insofern teile ich die Meinung von Herrn Schweizer, die Subventionierung selektiv und schrittweise abzubauen.»

## Nachrichten

### Zwei unterschiedliche Kontrollschilder

**Rheinfelden.** Die Grenzwahe hat vor einigen Tagen einen Mann gestoppt, an dessen Auto zwei unterschiedliche Kontrollschilder montiert waren. Wie die Grenzwahe mitteilt, hat der Deutsche mit Wohnsitz in der Schweiz die Schilder zweier Autos entfernt und an sein nicht eingelöstes Leasingauto montiert. Er wurde der Polizei übergeben.

### Längere Grünphase gegen den Staus

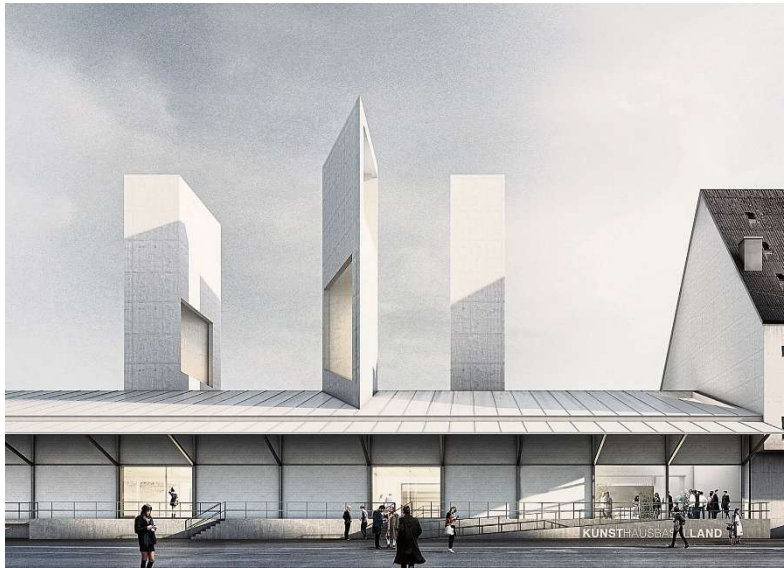
**Reinach.** Ab dem 7. September werden die Grünphasen an der Lichtsignalanlage für die Ausfahrten aus der Fleischbach- in die Baselstrasse verlängert, um das Quartier zu entlasten. Durch das Verkehrsaufkommen bei der International School Basel und wegen dem verdichteten Takt des 11er-Trams kommt es morgens oft zu Staus.

### Begegnungszone eröffnet

**Gelterkinden.** Nach fünfmonatiger Bauzeit ist in Gelterkinden die Begegnungszone im Dorfzentrum eröffnet worden. Damit gilt in der Poststrasse und in der Bohnygasse Tempo 20 und Vortritt für Fussgänger.

# Ein Bekenntnis zum Kunsthaus

Regierung beschliesst Investitionskredit für das Projekt auf dem Dreispitz-Areal



Das Projekt von Buchner/Bründler. Aus der Dreispitz-Halle soll das Kunsthaus Baselland werden. Visualisierung © Buchner Bründler

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Die Baselieter Regierung hat gestern einen Investitionsbeitrag von 2,5 Millionen Franken für das neue Kunsthaus Baselland auf dem Dreispitz-Areal in Münchenstein beschlossen. Gleichzeitig stellte sie in Aussicht, die Subventionen für das Kunsthaus zu erhöhen, wenn das Projekt realisiert werden kann. Die Auflagen dafür sind noch auszuhandeln. Es liegt jetzt an der Stiftung Kunsthaus Baselland, die noch fehlenden Mittel für das auf 8,4 Millionen Franken veranschlagte Projekt der Architekten Buchner/Bründler zu beschaffen.

Das Bekenntnis zum Kunsthaus erfolgt in einer Zeit, in der die Baselieter Regierung die Mittel für die Kultur beschränken muss. Doch schon wenige Wochen nach ihrer Amtsübernahme hat die neue Bildungs-, Kultur- und Sportdirektorin Monica Gschwind angekündigt, sie wolle am geplanten neuen Kunsthaus Baselland auf dem Dreispitz-Areal festhalten. Gestern nun hat die Regierung aus dem Swisslos-Fonds den Kantonsbeitrag an das Projekt gesprochen, wie aus der wöchentlichen Regierungsmitteilung hervorgeht. Damit trägt der Kanton rund 30 Prozent der Bausumme von 8,4 Millionen Fran-

ken. Weitere 1,1 Millionen sind für Infrastrukturfür, Umzug und Ersteinrichtung vorgesehen. Das Kunsthaus Baselland sei einer der profiliertesten Kulturbetriebe im Baseltal, schreibt die Regierung.

### Zweiter Anlauf

Das Kunsthaus ist heute aus dem Baselieter Kulturleben nicht mehr wegzudenken, verschafft es doch regionalen Künstlern die Möglichkeit, zusammen mit internationalen Kapazitäten neue Kunstwerke zu erschaffen und einem Publikum zu zeigen. Anders als die renommierten Kunstinstitutionen in Basel-Stadt ist das Haus ausschliesslich auf neue Projekte des zeitgenössischen Kunstschaffens ausgerichtet. Das heutige Kunsthaus in Muttenz, unweit des St.-Jakobs-Parks, hat einen lang gehegten Wunsch des Kunstvereins erfüllt.

Beim aktuellen Umzugsprojekt handelt es sich um den zweiten Anlauf, das Kunsthaus von Muttenz nach Münchenstein zu zügeln. Der Standort auf dem Dreispitz-Areal liegt in einem für die Kunst idealen Umfeld. Mit dem im Frühjahr 2015 nach einem Architekturwettbewerb gewählten Projektprogramm nimmt das Kunsthaus Abschied von den wesentlich teureren früheren

Vorstellungen eines neuen Kunsthauses. Das Projekt von Buchner/Bründler besticht durch seine Einfachheit, mit der die bestehende Stahlhalle zu einem Leuchtturm des Baselieter Kunstschaffens aufgewertet werden soll. Prägende Elemente des Projekts sollen drei filigrane Türme werden, die das Haus sichtbar machen. Sie sorgen gleichzeitig als Lichtquellen dafür, dass die Räume hell sind und eine Struktur erhalten, die für unterschiedliche kreative Kunstprojekte geeignet ist.

### Definitiv Entscheid 2017

Kunsthaus-Direktorin Ines Goldbach bezeichnete den Entscheid der Regierung gestern gegenüber der Baz als wichtigen ersten Schritt zur Realisierung des Projekts. Er erfülle sie «mit grosser Dankbarkeit». Sie sei zuversichtlich, dass das Kunsthaus auf dem Dreispitz-Areal realisiert werden könne. Sven Hoffmann, Präsident der Stiftung Kunsthaus Baselland, erklärte, man werde jetzt das Fundraising starten. Er hoffe, dass bis Mitte 2017 aufgrund des Sammlungsverlaufs ein definitiver Entscheid zur Realisierung des Projekts gefällt werden könne. Ende 2017 läuft die Betriebsbewilligung für die bestehende Stahlhalle auf dem Dreispitz-Areal aus.

# Was zuerst rechtskräftig ist, wird zuerst gebaut

Kanton und Gemeinde koordinieren Strassenarbeiten

Von Regula Vogt-Kohler

**Allschwil.** Auf die Allschwiler kommen Jahre mit grossen Baustellen zu: Der Kanton will nun endlich die Sanierung und Umgestaltung der Baslerstrasse in Angriff nehmen, und die Gemeinde ist ebenso entschlossen, den Hegenheimerweg, die Hauptachse durch das Gewerbegebiet im linksufrigen Bachgrabenareal, auf Vordermann zu bringen. Regierungsrätin Sabine Pegoraro und der für Tiefbau zuständige Allschwiler Gemeinderat Robert Vogt versicherten an einer Informationsveranstaltung, dass die Bauarbeiten koordiniert aufgeführt werden sollen.

Die Chefin der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) erlebte ein doppeltes Heimspiel. Sie selber erinnerte daran, dass sie mal für ein paar Jahre in Allschwil gewohnt habe. Von Verkehrsproblemen sei damals schon die Rede gewesen, sagte sie schmunzelnd. Der andere Heimfaktor war, dass die FDP zum gut besuchten Info-Anlass im «Rössi» eingeladen hatte.

Die Allschwiler hätten keinen Grund, sich vom Kanton stiefmütterlich behandelt zu fühlen, sagte Pegoraro. «Wir arbeiten dran, ihr müsst euch nicht beklagen», sagte sie und verwies auf eine Reihe von Projekten. Im Vordergrund steht die Baslerstrasse. Zudem soll ein Kreisell die Kapazität des Knotens Grabenberg-Hegenheimerweg erhöhen.

Dass der Kanton das Vorhaben Baslerstrasse zwischenzeitlich aus finanziellen Gründen auf die lange

Bank geschoben hatte, war kein Thema. Sabine Pegoraro sieht den Grund für die Verzögerungen im politischen Prozess nach dem Start des Mitwirkungsverfahren im Jahr 2013. Immerhin liegt jetzt für die Etappe von der Kantonsgrenze bis Maiengasse ein rechtskräftiges Projekt vor. Für Etappe 2 ist die Planaufgabe jedoch noch nicht erfolgt, mit Einsparungen ist auch hier zu rechnen. Vorgesehen sei nun, für beide Etappen im Landrat den Baukredit abzuholen. Die Baslerstrasse sei eines der umstrittensten Projekte, sagte Pegoraro.

Die Kosten für die beiden Etappen belaufen sich auf 46 Millionen Franken, vom Bund sind 14,5 Millionen aus dem Agglomerationsprogramm zu erwarten. Die Bauarbeiten in Etappe 1 könnten frühestens im 4. Quartal 2017 beginnen.

Für Erneuerung und Umgestaltung des Hegenheimerwegs geht die Gemeinde Allschwil von Kosten in der Höhe von 11,7 Millionen Franken brutto aus. Dabei geht es einerseits um die Sanierung der Strasse, die sich laut Gemeinderat Vogt in einem schlechten Zustand befindet, und andererseits um die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und der Sicherheit. So soll neu der Veloweg in beide Richtungen auf der Seite der Sportanlagen verlaufen. «Das Projekt der Gemeinde wird mit dem Projekt des Kantons abgestimmt», hielt Vogt fest. Im Moment sieht es gemäss Pegoraro so aus, dass die Baslerstrasse zuerst baureif sein wird. «Was schneller rechtskräftig ist, wird zuerst in Angriff genommen.»

# EBM und EBL erhöhen Strompreise

Kunden werden wegen Energiewende stärker zur Kasse gebeten

**Münchenstein/Liestal.** Die beiden grössten Energieversorger im Kanton Baselland erhöhen auf kommendes Jahr ihre Stromtarife. Bei der Elektra Baselland (EBL) beträgt die Erhöhung 0,95 Rappen pro Kilowattstunde (kWh). Die Stromkunden im Versorgungsgebiet der Elektra Birseck Münchenstein (EBM) bezahlen pro Kilowattstunde ab 2017 im Durchschnitt 1,5 Rappen mehr als bisher.

Die EBL begründet den Aufschlag mit Veränderungen im Schweizer Energiesektor aufgrund der Energiewende, welche zu Wertberichtigungen bei den produzierenden Energieversorgern führen würden. Davon bleibe die EBL nicht verschont, sie hält aber fest, dass es sich um Einmaleffekte handle. Senken können habe man die Netznutzungsabga-

ben für Haushaltskunden, teilt die EBL weiter mit.

Die EBM gibt als Hauptgrund für die Tarifierhöhung höhere Energiekosten an, die bei den langfristigen Bezugsverträgen aus schweizerischer Produktion entstehen. Zudem würden höhere Gebühren anfallen, die der Bund für die kostendeckende Einspeisungsvergütung (KEV) zur Subventionierung von Solarstrom erhebt. Wer Sonnenstrom produziert, profitiert: Der Bundesrat hat die KEV von 1.30 auf 1.50 Franken/kWh erhöht.

Nach der Rechnung der EBM bedeutete der Preisaufschlag um 1,5 Rappen/kWh für einen Vier-Personen-Haushalt mit einem Stromverbrauch von 4500 kWh eine um 68 Franken höhere Stromrechnung. ch